

Neue Tischler-Zeitung

Zeitschrift für die Interessen des Tischlergewerbes

Publikationsorgan des Deutschen Tischlerverbandes und sämtlicher freien Vereine der Tischler (Schreiner) und verw. Berufsgenossen, des Verbandes deutscher Korbmacher, sowie der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler etc. und der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse deutscher Korbmacher (Sitz Zeitz).

Erscheint wöchentlich.
Abonnementpreis M. 1.— pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nummer: 4559.

Herausgeber: W. Gramm in Hamburg.
Verantwortlich für die Redaktion: Wilhelm Pfammler, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigentheil: Ab. Hölte, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg - Eimsbüttel, Bismarckstraße.

Inserate f. d. vierspalt. Beitzzeile od. deren Raum 30 \mathcal{A} ,
Bergnigungs-Anzeigen 15 \mathcal{A} , Versammlungs-Anzeigen
und Stellenvermittlungen 10 \mathcal{A} pro Beitzzeile.
Beilagen nach Uebereinkunft.

Zur dringlichen Beachtung für unsere Abonnenten, Inserenten und die Verwaltungen der Zahlstellen des Deutschen Tischlerverbandes.

Da laut Beschluß des letzten in Kassel stattgefundenen Verbandstages die „Neue Tischler-Zeitung“ mit dem 1. Juli d. J. aufhört zu erscheinen, so ist dringend erforderlich, daß behufs Aufstellung der Schlussrechnung sämtliche noch rückständigen Abonnementgelder, sowie rückständige Beträge für Inserate und Herbergsanzeigen noch vor dem 1. Juli d. J. eingesandt werden. Damit die Lokalverwaltungen der Zahlstellen genau wissen, was sie noch an rückständigen Beträgen für Inserate zu entrichten haben, erlauben wir uns, sie schon heute auf eine genaue Zusammenstellung, welche wir in Nr. 25 bekannt geben werden, hinzuweisen.

Die Expedition der „Neuen Tischler-Zeitung“.

Gelogen wird, daß die Balken biegen.

Die Bogen der Wahlbewegung gehen hoch. Alle anderen Fragen werden von derselben im Augenblick in den Hintergrund gedrängt. Es ist jetzt eine Lust zu leben. Kampf ringsum. Die Arbeiter haben den Ernst der Sachlage erfasst. Sie haben alle kleinen und örtlichen Angelegenheiten, soweit sie über den Rahmen der Verwaltungstätigkeit hinausgehen, bei Seite gesetzt, um alle Kräfte für den Wahlkampf disponibel zu haben.

Die Furcht vor der Arbeiterklasse ist es denn auch, welche die alten Parteien noch nothdürftig zusammen hält und sie zu den krampfhaftesten Anstrengungen zwingt, dem Ansturm der Sozialdemokratie zu widerstehen. In der Auswahl der Mittel, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, sind die Gegner alle sammt und sonders von großer Ehrlichkeit und Wahrheitsliebe nicht durchdrungen. Je nach den Wahlkreisen und den dabei hauptsächlich in Betracht kommenden Parteien ist es die eine wie die andere, die alle die schon hundertmal widerlegten Unwahrheiten zum 101. Male wieder anstischen, nach der alten Praxis nur munter darauflosgelogen, etwas bleibt doch hier und da haften. So wird immer und immer wieder behauptet, vornehmlich von konservativer und antimilitärischer Seite,

die Sozialdemokratie wolle dem Kleinbauer und Handwerker nicht helfen, sie sehe ihre helle Freude an dem Untergang der Weiden und trage, was sie könne, dazu bei, diesen Untergang zu beschleunigen.

Mit diesen Wahllügen und Verdächtigungen der Sozialdemokratie will man nur die Aufmerksamkeit des Volkes von der Kardinalfrage des Wahlkampfes ablenken. Die konservativen und antimilitärischen Wahlaufreife gehen mit ein paar leicht hingeworfenen Phrasen über die Nothwendigkeit der Heeresvermehrung hinweg, um dann des Längeren und Breiteren über die Ruch- und Gottlosigkeit der Sozialdemokratie zu zetern, sie der Abschaffung der Ehe und des Eigenthums anzuklagen, um sie den Handwerkern und Bauern als Ausbunde aller Niedertracht anzuschwärzen.

In dieser Taktik liegt das Eingeständniß der schwachen Position, welche die Befürworter der Militärvorlage im Volke besitzen. Würden sie über den Kostenpunkt derselben und die Vertheilung der Lasten gerade auf die Produktivkräfte, die sie zu schützen vorgehen, dem Volke reinen Wein einschenken, sie würden mit Schimpf und Schande zum Dorfe hinausgeschickt. Fälschungen, Wahllügen, das sind ihre Waffen, mit denen sie fechten, sich auf die geringe Unterrichtung hauptsächlich des Landvolkes verlassend. Wir werden mit allen Kräften zu verhindern suchen, daß die Anhänger der Militärvorlage die Majorität im künftigen Reichstage erhalten. Sollte aber wider Erwarten der Umfall seitheriger freisinniger und ultramontaner Oppositionsmänner zu verzeichnen sein und die Regierung ihre Wünsche erfüllt sehen, so wird mancher Bauer und mancher Handwerker mit seiner Hoffnung auf Rettung zu den Genasführten und Genarten gehören. Personell und materiell werden die Lasten des Militarismus in seinem übergroßen Theile auf die Schultern der breiten Schichten geladen. Die Aufbringung der Mehrkosten, welche die Militärvorlage erfordert, durch Luxussteuern zu erreichen, ist Flunkerei. Da dachte selbst Bismarck ehrlicher und offener, indem er von den Luxussteuern, die eventuell von den besitzenden Klassen zu tragen seien, nicht viel erwartete. Er kannte genau die geringe Zahl der Besitzenden, und daß man dieselben mit soviel verschiedenen Formen von Steuern, die sie nur allein betreffen, nicht reizen darf. Bismarck stellte den Luxussteuern der besitzenden Klassen die Steuern auf die „Luxusgegenstände“ der großen Masse gegenüber. Die brachten doch etwas ein. Zu diesen Luxusgegenständen der großen Masse rechnete Bismarck den Schnaps, das Bier, den Tabak, das Petroleum und ähnliche Dinge mehr. Nach den jeither gemachten Erfahrungen sollen die erjgenannten Artikel noch besser herangezogen bzw. gänzlich zu Staatsmonopolen umgewandelt werden.

Unter der Wucht einer solchen Besteuerung haben die breiten Massen, von denen die Handwerker und Kleinbauern ein Theil sind, hauptsächlich zu leiden. Beide Kategorien haben alle Ursache, des Wortes eingedenk zu sein: „Der Herr bewahre mich vor meinen Freunden, vor meinen Feinden werde ich mich schon schützen“. Und aus solch verdächtigem Munde kommt nun die Anklage, der Sozialdemokratie bereite der Untergang des Handwerker- und des Bauernstandes die helle Freude, und sie trage nach Kräften dazu bei, diesen Untergang zu beschleunigen. Der Sozialdemokratie

bereitet weder der Untergang des Handwerker- noch des Bauernstandes helle Freude, noch weniger aber ist sie es, die dazu beiträgt, diesen Untergang zu beschleunigen. Sie hat nur gesucht die Ursache dieses Unterganges zu ergründen, und als sie ihn gefunden hat, beide Erwerbsstände gewarnt, zurück nach veralteten überlebten Formen zu greifen, die Unsinn seien, keinen Nutzen brächten, vergebliches Ringen und nutzloses Aufreiben der Kräfte seien. Es gelte vielmehr, den Blick fest auf die Zukunft gerichtet, nach vorwärts zu streben, die Produktion und Gütererzeugung weiter zu entwickeln, die Großproduktion auf alle Zweige des Erwerbslebens auszudehnen, die physische Arbeit zu entlasten und deren Träger zu geistiger Verbollkommnung zu erziehen, sie an den Genüssen des Wissens, der Bildung und der Künste theilnehmen zu lassen. Soll die Entwicklung in der gezeichneten Weise ihre wohlthätige, allen arbeitsamen Menschen zu Gute kommende Wirkung äußern, so darf die großkapitalistische Entwicklung nicht gehindert, sondern nur der Vertheilungsmodus der erzeugten Güter geändert werden.

Haben sich die Handwerker und Kleinbauern erst bis zu dieser Erkenntniß durchgerungen, dann ist es um die Existenz der bürgerlichen Gesellschaft geschehen. Denn dann werden diese beiden Stände nicht sich im Schweiße ihres Angesichts so lange abmühen wollen, bis der Kapitalismus sie verpeißt und verdaut hat, sondern sie werden Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie oder richtiger gesagt, als bewusste Sozialdemokraten den von ihrem Lebenssaft sich vollsaugenden Bluteigel Kapitalismus abschütteln, um der ehrlichen Arbeit zu ihrem persönlichen Eigenthum zu verhelfen.

Wir sind überzeugt, daß die „guten Freunde“ des Handwerker- und Bauernstandes sich über die Gutmüthigkeit und Leichtgläubigkeit Beider gaudiren. Diese „guten Freunde“ wissen sehr gut, daß die wirtschaftliche Entwicklung nicht aufzuhalten ist. Sie wissen, daß genug unter ihnen selbst sind, die an diesem Entwicklungsprozeß theilhaftig sind, und die die Erhaltung des Mittelstandes nur darum anstreben, um die eigene Ausbeuterfreiheit ungestört und, wie sie hoffen, auch in längerer Ausdehnung ausüben zu können. Worauf die „guten Freunde“ der Handwerker und der Bauern ihren Plan aufbauen und ihre Wastenschlägertumstüchchen üben, das ist die Macht der Gewohnheit, unter der die beiden Stände noch im eminentem Maße leiden. Sie fühlen, wie schlecht es ihnen geht, sie fühlen, daß es Jahr um Jahr um sie schlechter bestellt wird, sie sehen klar den Zeitpunkt, wann ihre Arbeitskraft erschöpft ist und sie dem Bettel verfallen. Eine dumpfe Verzweiflung lastet auf ihnen, aber sie wagen nicht, mit dem Hergebrachten zu brechen. Immer noch glauben sie einen Hoffnungsstrahl aufleuchten zu sehen, der ihnen ermöglichte, gleich dem Vater, Groß- und Urgroßvater das Leben beschließen zu können. Dieser Gang am Alten, der Schlandrian, wie ihn die Abgeschlossenheit des Kleinbetriebes erzeugt hat, erzeugen mußte, lebt den Kleingewerbetreibenden zu ihrer eigenen Dual noch zu fest an. Er ist die Stelle, wo die heijenden Klassen einsehen, den alten Gewohnheiten schmeicheln, die Befestigung derselben versprechen, sich damit eine Chasmauer aufrichtend, ihre winzige Zahl, die sich anmaßt, den Herrn und

Gebieten zu spielen, dem Volke zu verdecken, von dessen Horn sie schon längst hinweggefegt waren. Wenn es noch eines triftigeren Beweises bedarf, daß die prinzipielle Umwandlung der Verteilung der erzeugten Güter allein im Stande ist, das Allgemeinbefinden aller Menschen zu erhöhen, und daß es eine grobe, faustdicke Lüge ist, wenn man diese Erhöhung des allgemeinen Wohlbefindens von der Rettung des Handwerks abhängig macht, so ist dieser Beweis darin gegeben, daß es zahlreiche Industriezweige giebt, die entweder nach Großartigkeit der Anlage, des Zusammenarbeitens und Zusammengehörens der verschiedensten Manipulationen oder des große Werthe darstellenden Rohmaterials oder aus beiden Gründen zusammen eine Umwandlung in handwerksmäßige Betriebe gar nicht zulassen. Unter diese Betriebe fällt der gesammte Bergbau, der Hochofenbetrieb, die Maschinenindustrie, die chemische Industrie, die Papierfabrikation, die Zuckerindustrie und noch viele andere. Es wäre Tollheit, wollte irgend Jemand den Gedanken aussprechen, im Interesse der Hebung des Handwerks sei es nützlich und zweckmäßig, auf die Annehmlichkeiten des Kulturfortschritts zu verzichten, den alle die genannten Industrien den Menschen gebracht haben. Und doch giebt es solche Wirrköpfe, die in gedankenloser Großmäuligkeit den ungereimtesten Blödsinn den Bedrängten und Nothleidenden aufstiften. So kam uns neulich ein antisemitischer Exkurs zu Gesicht, indem das Ueberwuchern der Dampfschiffahrt allen Ernstes betrauert wurde, da durch das Verdrängen der Segelschiffahrt ungezählte Brodstellen verloren gegangen seien.

Die Thatsache ist richtig. Ist es aber nicht ein Fortschritt von unendlicher Tragweite, daß die Entfernungen abgekürzt, die Sicherheit des Verkehrs erhöht, die Vernichtungswuth der Naturkräfte gezügelt und diese selbst in den Dienst der Menschheit gespannt sind? Mit demselben Recht könnte man die Abschaffung der Eisenbahnen und die Herstellung des Frachtverkehrs der Landstraßen verlangen. Würden wir, wenn nicht die Glasfabrikation zu so großartiger Vollkommenheit gelangt wäre, die Kenntnis von dem unendlichen Raum des Weltalls besitzen? Freilich, jene Kreise, die die groben Wahlügen und Verleumdungen der Sozialdemokratie programmäßig betreiben, denen wäre es lieber, der Mensch wäre niemals in den Besitz der Hilfsmittel gelangt, die seine Naturerkenntnis so riesig gefördert und der Lehre von der waltenden Hand eines unsichtbaren Gottes stark zugeführt haben.

Die Konzentration der Kapitalien in den Betriebszweigen, die nicht mehr und nicht wieder handwerksmäßig betrieben werden, noch betrieben werden können, würde allein hinreichen, das Uebergewicht des Kapitalismus der Großproduktion über den Kleinbetrieb sicher zu stellen. Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßregeln untergeordneter Natur, wie die Frage der Abzahlungs-geschäfte, des Wuchers, der Gefängnisarbeit u. können höchstens auf das Zeitmaß der Ausfüllung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb bestimmend sein. Dazu käme, daß außer in Oesterreich und in Deutschland es in keinem anderen Kulturland eine so große Anzahl Karteln giebt, die sich vermessen, Weltgeschichte machen zu können.

Alle anderen Staaten, und namentlich Amerika, entwickeln eine überhandnehmende Abhängigkeit der wirtschaftlichen Kräfte von der Güterproduktion. Gegen diese Entwicklung und die damit verbundene Ueberhöhung und Behauptung des Weltmarkts gebe es nur ein Mittel des Schutzes, die Zollschranken des Reichs noch feiner und höher zu errichten. Das ist es auch gerade, worauf es die „guten Freunde“ des Handwerks abgesehen haben. Seligst ihnen der Plan, dass in die Verarmung des Volkes ein recht die Folge davon. Eine Vertikalisierung aller Produkte, eine noch größere Entwertung der Arbeitskraft, ein Fallen der Konsumfähigkeit müßte und würde eintreten und damit den epidemischen Krankheiten die Thore weit geöffnet. Nur, es giebt ja eine Menschen-johre, und sie ist mit der gewerkschaftlichen Lüge identisch, die ebenwohl den „kalten Ablass“, als wie die Verminderung der Bevölkerung durch einen herabdrückenden Nothstand als eine fernende That vor der drohenden „Ueberbevölkerung“ ansehen. Das ererbende Volk hat die Jahresschicht der bürgerlichen Lüge abgelehnt. Die Zeit ist nicht fern, wo sie sich von dem „Kalten Mann“ den verdienten Lohn mit erhalten.

Der Kessel der Armut!

Daß in einer Gesellschaft, die der Fortschritt beim Schenken hat, die im selben Umfang den Lohn um das selbste Maß macht, die gesammte Bevölkerung des Menschen nach der Höhe eines Besitzes lagert wird,

verstehen sich von selbst. Je größer der Besitz, desto unantastbarer steht der Mensch in der Gesellschaft da. Je ärmer der Mensch ist, für einen um so größeren Lumpen wird er gehalten und als solcher behandelt. Der Besitz wäscht alle Nothgeden, die hin und wieder an der Ehrenhaftigkeit so Manches hängen geblieben sind, ab. Strauchelt dagegen der arme Teufel, der keinen anderen Ausweg mehr sieht, das Leben zu fristen, als die Hand nach dem geheiligten Eigentum des Andern auszustrecken, dessen Hand geführt wird von der jedem Lebewesen innewohnenden Liebe zum Leben, so ist er Zeitlebens mit dem Brandmal des Spießbüben behaftet, das ihm auf Schritt und Tritt im ferneren Leben wie ein Bleigewicht am Körper haftet.

Unser Zeitalter nennt sich mit Vorliebe das aufgeklärte, das vorurtheilsfreie, das humane. Eine dreistere, frechere Weise des Aufdenkopfschellens der Begriffe ist uns noch nicht vorgekommen. Mit der Aufklärung ist es noch gar jämmerlich bestellt, und wo das der Fall ist, kann von Vorurtheilslosigkeit keine Rede sein. Die Aufklärung soll nur für die besitzenden und gebildeten Klassen vorhanden sein; denen kann man den Luxus des Zweifels an der „Existenz des persönlichen Gottes“ oder der „Schöpfungsgeschichte“ überlassen; doch beileibe dürfen derartige Lehren und ihre Begründungen nicht in das arme Volk dringen. Dasselbe würde dann unruhig, rebellisch, müßte seine früheren Lehrer als Lügner und Betrüger verachten lernen; es würde nicht mehr geduldig alle Entbehrungen auf sich nehmen, wofür man ihm jetzt vollständige Vergeltung und Verheißung in einem anderen Leben erbietet.

Die besitzende Klasse, die Bourgeoisie, ist längst nicht mehr der Träger der Aufklärung und der Verbreitung allgemeinen Wissens. Sie ist heute ebenso reaktionär geworden, als die Stände, die sie Anfangs, um dem Siegeszug der großkapitalistischen Ausbeutung freie Bahn zu schaffen, mit den Waffen der Aufklärung bekämpfte. Heute, wo die Bourgeoisie im Zenith ihrer Macht steht, hat sie die Jugendspiegelchen der einstigen Freigeisterei vergessen, sie ist eine fromme Beschwoerer geworden, die am eifrigsten den Unkenruf erhebt, dem Volke muß die Religion erhalten werden. Kann eine Gesellschaft, deren Existenz auf der privatkapitalistischen Großproduktion beruht, deren Selbstzweck der Profit und nur der Profit ist, einerlei, wo er herkommt, wie und wo er herausgeschlagen wird, kann eine solche Gesellschaft eine humane sein? Niemals!

Der eine oder der andere dieser Gesellschaft Zugehörige kann wohl noch allgemein menschliche Umwandlungen haben. Beim Andick allzu großen Glücks und Jammers, von deren Existenz er sich bis dahin vielleicht gar keine richtige Vorstellung hatte machen können, kann der Einzelne wohl, von Mitleid übermannt, hier oder dort helfend eingreifen, wofür dann das Lob des wohlthätigen Mannes noch in allen Donarten in der Presse gesungen wird. Das ist aber auch Alles. Im Uebrigen wird er ebenso wie sein Nachbar und Mitkonkurrent bestrebt sein, lustig weiter immer höheren Profit aus „seinen Unternehmungen“ und „seiner Kapitalanlage“ herauszuschlagen, und somit beitragen, Hunderten dieselben Wunden zu schlagen, Andern die kaum vernarbten wieder aufzuleben, von denen er nur so eine ganz kleine in der momentanen Aufwallung des Mitleids zu heilen gesucht hatte. Human und ein Profitjäger zu sein, das geht nicht an, das sind Gegensätze, wovon der eine den anderen ausschließt. Ein humaner Unternehmer, der den billigen Anforderungen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft Rechnung tragen wollte, würde sowohl an inneren Konflikten leiden, als er würde sein humaner Charakter, die Oberhand behalten, anstrengend dem wirtschaftlichen Kinn entgegenreiben würde.

Die Profitgucht, der Lebenszweck der bürgerlichen Gesellschaft, schreibt ihr das Gesetz unererblich vor, nicht in dem Arbeiter den Menschen, sondern den Besitzer der Arbeitskraft zu sehen, die, weil einen Theil der Produktionskosten darstellend, so billig wie möglich „gekauft“ werden muß. Die größte Billigkeit der Arbeitskraft, das hatte der Bucherinstinkt der Profitgucht bald heraus, konnte nur dadurch herbeigeführt werden, daß der Arbeiter in die Zwangslage verjert wurde, seine Arbeitskraft unter allen Umständen verkaufen zu müssen. Der Arbeiter mußte arm sein, sollte er ein williges und gefügiges Werkzeug in der Hand des Kapitalismus sein. Und es ist dem Kapitalismus nur zu gut gelungen, den Arbeiter zur notorischen Kapitalgucht, die gleichbedeutend mit der Armut ist, herabzudrücken.

Durch die technische Entwicklung und ihre Anwendung in privatkapitalistischer Beziehung ist der Kapitalismus in eine fast vollständig unabhängige

Stellung von dem Arbeiter gekommen. Individuell stehen die Arbeiter dem Kapitalismus machtlos gegenüber. Nur in der geschlossenen Organisation ist es den Arbeitern möglich, sich noch einen Einfluß auf die Beherrschung des Arbeitsmarktes und damit auf die Arbeitsbedingungen zu sichern. Doch das ist nicht das Schlimmste. Das könnte gegebenen Falls noch in den Kauf genommen werden. Der Arbeiter würde sich nach der Decke zu strecken suchen, wenn er nur die sichere Aussicht hätte, stets eine solche, und sei es auch nur eine sehr kurze, im Besitz zu haben. So aber ist der Arbeiter dem fortwährenden Wechsel der Dinge preisgegeben, einige Zeit nur eine sehr kurze, unzulängliche Decke und die andere Zeit gar keine zu besitzen, diese Zeit entblößt von Allem heranzubringen. Die stetig zunehmende Arbeitslosigkeit, der Mangel an Arbeitsgelegenheit ist die härteste Zuchtrute, welche die bürgerliche Gesellschaft gedreht hat und in unbarmherziger Weise auf die Arbeiterklasse einwirken läßt.

Die Besitzlosigkeit, die Armut der Arbeiterklasse ist das Fundament, auf dem der Reichtum der besitzenden Klassen beruht. Letztere haben von dem Augenblick an, als sie die Privilegien des Adels, der Geistlichkeit und die engen Schranken des Kleinbetriebs durchbrochen, die von ihnen eroberte bevorzugte Stellung mit einem Schutzwall von Gesetzen umgeben, die dadurch ermöglicht wurde, daß der Grad des Besitzes das Maß der politischen Rechte und des Einflusses auf die Gesetzgebung bestimmte. Außer bei den Wahlen zum deutschen Reichstage, bei welchen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zur Anwendung gelangt, sind in allen Einzelstaaten und den Gemeindevertretungen Wahlsysteme in Gültigkeit, die einer geringen Anzahl der Begüterten das Gesetzgebungsrecht und damit die politische Herrschaft in die Hand geben, der sich die große Zahl der Besitzlosen zu beugen und zu gehorchen hat. Erst in der Neuzeit ist es gelungen, durch das mächtige Erwachen der Klassenkenntnis begünstigt, in einige Landtage und Gemeindevertretungen Vertreter der Arbeiterklasse zu entsenden. Damit ist Bresche in den Wall der Privilegien der besitzenden Klasse gelegt, in der der Nachdruck sich in dem Maße vollziehen wird, als die wachsende Klassenkenntnis die Köpfe der besitzlosen Klasse revolutionirt.

In den Klassenwahlrechten der Einzelstaaten und der Gemeindevertretungen tritt so recht die Klassenmoral des Geldsacks in die Erscheinung. Entweder scheiden die Wahlsysteme die Wähler in zwei oder drei Sorten, je nach dem Gewicht des Besitzers, oder bis zu einer bestimmten Grenze des Einkommens sind die diese Grenze mit ihrem Einkommen nicht Ueberschreitenden vollständig politisch rechts und einflußlos, weil von dem Wahlrecht ausgeschlossen. Die Besitzlosigkeit ist damit mit einem Wafel behaftet worden, der dann unter bestimmten Formen die Armut mit der Ehrlosigkeit auf eine Stufe stellt.

Die letztere Praxis ist selbst in das Wahlgesetz zum deutschen Reichstag von den besitzenden Klassen übertragen. Nicht wahlberechtigt und demzufolge auch nicht wählbar ist ebenso Derjenige, welcher in dem vorausgegangenen Jahre Armenunterstützung empfangen hat, als wie auch Derjenige, der den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu beklagen hat. Wir finden es in der Ordnung, daß Derjenige, dem die Ehrenrechte aberkannt sind, dieselben durch eine besondere ehrlose Handlung und niedrige, gemeine Gesinnung bei Ausübung einer That verwirkt hat, die Einwirkung auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens entzogen wird, die Gefahr läge ja sonst nahe, daß die gemeine, ehrlose Gesinnung Triumphe feiern könnte, die zu gintertreiben Aufgabe jedes sittlichen Menschen sein muß. Ein Ehrloser ist ein verabscheuungswürdiges Subjekt. Darum können wir es auch nicht dulden, daß man in der politischen Entrechtung die unverschämte Armut in dem Falle, wo sie, der Liebe zum Leben nachgebend, die öffentliche Unterstützung nachsucht, diese Bedauernswerthen auf eine Stufe mit den ehrlos Besundenen stellt. Die Arbeiterklasse wird stets gegen ein solches Verhalten der besitzenden Klassen protestieren und dasselbe unmöglich zu machen suchen durch Umänderung des Wahlgesetzes bez. Erweiterung des Wahlrechts. Wir betonen, daß uns die politische Entrechtung der unverschuldeten Armut nicht gefällt. Es giebt ja hin und wieder noch ein Exemplar, das aus Arbeitsscheu, Trunksucht und Lüderlichkeit, sich der Pflicht der Sorge für die Familie entzieht. Diese sind aber nicht allein in der Arbeiterklasse, sondern noch fast zahlreicher in den besitzenden Klassen anzutreffen. Doch dem sei wie ihm wolle, auf alle Fälle ist die Handlungsweise eine unsittliche und darum auch ehrlose. Gehört der Überjahn der arbeitenden

Klasse an, so sperrt man ihn in das Arbeits- oder Korrekthaus, gehört er der besthenden Klasse an, nun so wird er schlimmsten Falls entmündigt. Recht geschieht aber Beiden, daß sie die Mitwirkung an der Gestaltung des Staats- und Gesellschaftslebens verwirklichen haben.

Wie ganz anders liegt da doch die Sache bei der unverschuldeten Armuth. Der fleißigste, der müchternste und der leistungsfähigste Arbeiter, der pflichttreueste und sorgsamste Hausvater kommt heute durch die traurige, jeder Stetigkeit entbehrenden Geschäftslage in die Kalamität, die Noth und Sorge über sich hereinbrechen zu sehen, ohne etwas zur Abwehr oder Bekämpfung derselben unternehmen zu können. Wie muß einem solchen Arbeiter das Herz bluten, unfähig zu sein, die Entbehrungen von den Seinen abwenden zu können. Und wie haben trotz der größten Entbehrungen Tausende und Abertausende im vorigen Winter einen Heroismus sondergleichen gezeigt. Das Bewußtsein, durch die Anrufung der öffentlichen Unterstützung ihrer politischen Rechte für die Dauer eines Jahres verlustig zu gehen, hielt sie ab, sich auf eine Stufe mit den Thoren herabzulassen zu lassen.

Wie viele Fälle aber giebt es, wo sich der Betroffene in sein Schicksal ergeben muß, wo er nicht elend zu Grunde gehen, die öffentliche Unterstützung nachsuchen muß, obgleich er weiß, daß er damit des ersten staatsbürgerlichen Rechtes, der Ausübung des Wahlrechtes, für die Dauer eines Jahres sich begiebt. Es kann der Fleißigste, der Sparsamste sein, er wird auf das Krankenlager geworfen. Der Fleiß und seine Sparsamkeit erschöpfen seine Kräfte. Die Krankheit naht schleichen. Sie wurde zuerst nicht beachtet; erst der Verfall der Kräfte ließ den Umfang und die Gefährlichkeit des Leidens erkennen. Darum ist die Genesung, wenn sie überhaupt wieder vollständig eintritt, eine langsame. Der Arzt kann nicht viel helfen. Er verordnet, und das mit Recht, „gut leben“, außerordentliche Schonung und Pflege. Die Frau weiß, was mit dem Leben des Mannes auf dem Spiele steht. Die Lebenshaltung der anderen Familienmitglieder wird eingeschränkt mehr wie seither, Alles zur Herstellung des Ernährers verwandt. Die Unterstützung der Krankenkasse ist erschöpft und um das Maß der Leiden voll zu machen, ist die Weisung des Arbeitgebers gekommen, daß er den Platz nicht länger leer stehen lassen könne, aller Vorauszicht nach sei die bisherige Arbeit auch eine zu schwere, es sei besser, wenn er sich für den Zeitpunkt des Eintritts der Gesundheit nach einer leichteren Beschäftigung umsehe.

Das war ein Blitzschlag aus heiterem Himmel. Als nach Wochen der Arbeiter endlich glaubte, die Arbeit aufnehmen zu können, fand er allenthalben die Thore verschlossen. Jugendliche, kräftige, gesunde Arbeiter standen in Hülle und Fülle zur Verfügung. Die ärztliche Untersuchung behufs Aufnahme in die Krankenkasse hatte allemal eine Ausrede zur Folge. Geschah die Abweisung nicht direkt, so wurde er auf spätere Zeiten vertröbtet. Dazu kam weiteres Hauskreuz. Eine Vermehrung der Familie erhöhte die Noth und Sorgen. Die Frau wollte sich nicht wieder erholen. Die Mittel alle, bis auf den unentbehrlichsten Hausrath, waren erschöpft, verbraucht. Wer greift da nicht in der höchsten Noth der Verzweiflung zu dem Strohhalme der öffentlichen Unterstützung. Glaube man nicht, die Fälle, wie der geschilderte, ständen so vereinzelt da. Sie sind zahlreicher als Mancher ahnt. Und nun ist dieser Armste, der alle physischen und seelischen Qualen der Armuth, Krankheit und Arbeitslosigkeit durchkostet hat, bis zur Keige geleert hat, noch obendrein auf ein Jahr mit einem ehelosen Menschen auf eine Stufe gestellt. Er fühlt den Makel, den ihm die bürgerliche Gesellschaft infolge seiner unverschuldeten Armuth angehängt hat, doppelt schwer. Er sieht den Feuer-eifer, den seine Klassenossen entwickeln, die Herrschaft des Kapitalismus zu sprengen. Er sieht, wie sie emsig die Stimmen sammeln, durch Agitation selbst unter persönlichen Gefahren dieselben zu gewinnen suchen. Ach, bei ihm hätte es keines Wortes der Anregung, der Aufmunterung bedurft. Er weiß, um was es sich bei dem gewaltigen Ringen des Proletariats handelt, aber der Selbsterhaltungstrieb, die Liebe zum Leben haben ihn gezwungen, Wohlthaten der Gesellschaft anzunehmen, die ihn nun fast gestellt haben. Kornbedend flucht er des Augenblicks, der ihm durch den Makel der Armuth die politische Rechtlosigkeit brachte.

Arbeiter, verdoppelt eure Kräfte, damit der 15. Juni ein Sieg der Sozialdemokratie, ein Triumph der Klassenbewussten Arbeiterbewegung werde.

Freisprechung.

Eine Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts in Kassel, verhandelt gegen den Redakteur Huhn, hat am Montag, den 29. Mai, stattgefunden. Des allgemeinen Interesses wegen, welches der Gegenstand der Anklage bietet, bringen wir die Verhandlung nach dem Bericht der bürgerlichen Presse unverkürzt zum Abdruck.

Wegen Beleidigung durch die Presse unter Anklage gestellt, stand in der Sitzung am 29. Mai der Redakteur Heinrich Huhn hier selbst vor den Schranken des Gerichts. Derselbe wird beschuldigt, durch einen im „Volkblatt für Hessen und Waldeck“ veröffentlichten Artikel über die Handhabung der Feierabendstunden in den Wirtschaften Kassels das hiesige königl. Polizeipräsidium, sowie durch denselben Artikel auch den Schuhmann Wendlandt beleidigt zu haben. Der Angeklagte, welcher verantwortlicher Redakteur des sozialdemokratischen „Volkblatt für Hessen und Waldeck“ ist, bestritt dieses. Der fragliche Artikel ist in der Nr. 6 des Blattes vom 7. Januar d. J. erschienen, er hatte eine Gerichtsverhandlung zum Gegenstande, in welcher wegen Ueberschreitung der Feierabendstunde gegen einen hiesigen Gastwirth und dessen Gäste verhandelt worden war und enthielt unter anderen den folgenden Passus: „Schuhmann Wendlandt hat unter Eid ausgesagt, daß laut Befehl der königl. Polizeidirektion nur die von Sozialdemokraten besuchten Wirtschaften zur strengen Einhaltung der Feierabendstunde angehalten werden sollen.“ Durch diesen Satz sollte die Beleidigung begangen worden sein, weil darin der Polizeibehörde der Vorwurf der Parteilichkeit gemacht werde, auch wurde geltend gemacht, daß der Schuhmann Wendlandt diese auffallende Aeußerung nicht gethan habe, daß ferner dadurch aber das Publikum ungebührlicher Weise erregt und belästigt werde, deshalb angenommen, der Angeklagte habe sich des großen Unfugs schuldig gemacht und ihm deshalb ein Strafmandat von M. 10 zugesprochen. Hiergegen erhob der Angeklagte Redakteur Huhn Widerspruch, worauf die Sache zur gerichtlichen Entscheidung vor das Schöffengericht gelangen sollte. Im ersten Termin kam die Sache nicht zum Austrage, wurde vielmehr behufs weiterer Vernehmung von Zeugen vertagt. Kurz vor dem zweiten Verhandlungstermin vor dem Schöffengericht stellte jedoch die Polizeibehörde den Antrag auf Beleidigung; infolge dessen erklärte sich das Schöffengericht für unzuständig und verwies die Sache an die Strafkammer. In diesem Termine erklärte nun der Angeklagte Huhn, daß der Artikel und insbesondere auch der für strafbar angesehene Passus in demselben durchaus der Wahrheit entspreche, denn der Schuhmann Wendlandt habe in der That so ausgesagt, als er vor Gericht als Zeuge vernommen worden sei. Gleich nach der ersten Verhandlung am 30. Dezember d. J., welche sich gegen den Gastwirth Krug richtete, sei dieser von selbst zu ihm gekommen und habe ihm mitgetheilt, der Schuhmann Wendlandt sei als Zeuge vernommen und habe ausgesagt, daß nur die von Sozialdemokraten besuchten Wirtschaften bezüglich Einhaltung der Feierabendstunde streng kontrollirt würden. Dadurch sei er (Angeklagter) freilich neugierig geworden und, um sich selbst zu überzeugen, sei er darauf in die Sitzung des Schöffengerichts vom 6. Januar d. J. gegangen, worin ebenfalls wegen Ueberschreitung der Feierabendstunde gegen Krugbaum und Genossen verhandelt wurde. Im Laufe der Verhandlung habe er nun selbst mit eigenen Ohren gehört, wie auf eine Frage des den Vorsitz führenden Richters der Schuhmann Wendlandt, der als Zeuge eidlich vernommen worden sei, die Antwort gegeben habe, daß nicht alle Wirtschaften in Kassel, sondern nur diejenigen, welche von Sozialdemokraten besucht würden, die Feierabendstunde streng innehalten müßten. Er habe auch sofort in der Sitzung des Schöffengerichts mehrere Herren, die in der Verhandlung zugegen gewesen, auf diese auffällige Aeußerung aufmerksam gemacht, andere Herren wieder, die in die Sache verwickelt waren, gleich vor der Verhandlung darauf aufmerksam gemacht, sie müßten ja genau Acht darauf geben, was der Schuhmann aussage. Dieses sei denn auch geschehen. Er behaupte deshalb, der Inhalt des Artikels, der von ihm selbst verfaßt worden sei, beruhe voll und ganz auf Wahrheit; auch habe eine Beleidigung ihm nun so fern geliegen, als ja in der That auch die praktische Handhabung der Feierabendstunde hier in Kassel damit genau übereinstimme. Er selbst und mehrere Genossen hätten sich wiederholt des Abends davon überzeugt, daß die Schlußzeit der besuchten Wirtschaften, in denen Sozialdemokraten verkehren, streng kontrollirt, ob die Feierabendstunde überschritten werde, dagegen seien die Schuhleute an den anderen Wirtschaften stolz vorbeigegangen, obgleich noch Alles voll Gassen gewesen sei. Sie seien dann an die Schutzleute herangetreten und hätten gefragt, warum sie denn nicht in der Wirtschaft Feierabend böten, worauf entgegnet wurde, sie hätten nur den Auftrag, in denjenigen Lokalen, wo Sozialdemokraten verkehren, streng zu kontrolliren.

Es wird darauf zur Jugendvernehmung geschritten. Schuhmann Wendlandt bestritt, daß er die Aeußerung so wie in der Zeitung siehe, gethan habe. Er sei vom Vorsitzenden des Gerichts damals darnach gefragt worden, ob die Sozialdemokratische Wirtschaft auch zu denen gehöre, welche die Feierabendstunden streng innehalten müßten, worauf er entgegnet habe: „Ja, da verkehren auch Sozialdemokraten drin.“ In der Krugischen Anklagesache sei er ebenfalls darnach gefragt worden, ob Sozialdemokraten dort verkehren, was er bejaht habe, worauf Zeuge entgegnet habe: „Den Statuten nach nicht.“ Darauf habe er wieder geantwortet: „Deswegen können es doch welche sein.“ Weiter sei von Sozialdemokraten gar keine Rede gewesen. Alles, was der Angeklagte und seine Zeugen behaupteten, sei aus der Luft gegriffen.

Herr Richter Herr Galle, welcher in beiden Strafsachen den Vorsitz führte, beklagte u. a., daß bisher die Feierabendstunden lau gehandhabt worden sei, die Polizei habe in den Wirtschaften wo hiesiges Publikum verkehre und es ruhig und gehässig zulasse, die Ueberschreitung der Feierabendstunden freilich weitgehend zugelassen, eine Ausnahme sei nur gemacht worden bei solchen Wirtschaften, in denen Exzesse vorgekommen. Vergehen gegen die Stillschließung u. a. Dieser Richter sei dann von der Polizei weiter mitgetheilt worden, sie müßten vor-nun an die Polizeistunde strikte innehalten. Auch Wirtschaften in denen Sozialdemokraten verkehren, seien darunter gewesen, wie er selbst aus seiner Gerichtsverhandlung wisse. Daß er in den angegebenen Fällen den Schuhmann gefragt habe, ob die Krugische Wirtschaft auch zu denjenigen gehöre, welche die Feierabendstunde strikte innehalten müßten, sei als über-nachlässig ebenfalls, daß der Schuhmann die Antwort darauf ja, denn es verkehren auch Sozialdemokraten darin.

Daß jedoch der Schuhmann Wendlandt in der fraglichen Gerichts-sitzung die Aeußerung gethan, daß nur diejenigen Wirtschaften streng kontrollirt würden, in denen Sozialdemokraten verkehren, das glaube er nicht, sonst würde er (Zeuge) das sicher heute noch wissen, weil sie ihm in dieser generellen Fassung sicherlich aufgewallen wäre. Der nächste Zeuge, Schlosser Eisel, giebt u. a. an, daß Schuhmann Wendlandt in der Sitzung des Schöffengerichts gesagt habe, er müsse die Wirtschaften nur streng kontrolliren, worin Sozialdemokraten verkehren. Der Zeuge Schuhmacher Ruffbaum belundet, Schuhmann Wendlandt habe damals auf die Frage des vorsitzenden Richters, ob die fragliche Wirtschaft die Polizeistunde strikte innehalten müsse, geantwortet: „Ja, es verkehren dort auch Sozialdemokraten.“ Der Schuhmacher Bött hat ebenfalls die Aeußerung gehört: „Ja, es verkehren dort Sozialdemokraten.“ Der Handelsmann Geier, welcher zufällig im Justizraum des Schöffengerichts anwesend war, giebt an, der Vorsitzende habe den Schuhmann Wendlandt gefragt, ob denn alle Wirtschaften die Feierabendstunde um 12 Uhr innehalten müßten, worauf dieser letztere geantwortet habe, nein, nicht allgemein um 11 Uhr, sondern nur diejenigen Wirtschaften, worin Sozialdemokraten verkehren, die werden kontrollirt. Diese Aeußerung sei ihm demnach aufgefallen, daß er sofort den neben ihm stehenden Redakteur Huhn darauf aufmerksam gemacht habe. Auf Grund der Zeugenaussagen, die ihm den Eindruck der Glaubwürdigkeit machten, hält Herr Staatsanwalt Wagener die Anklage nicht anrecht, da ihm nachgewiesen erscheine, daß die fragliche Aeußerung des Schuhmanns allgemein in der Sitzung des Schöffengerichts so aufgefaßt worden sei, es würden nur diejenigen Wirtschaften zur strengen Innehaltung der Feierabendstunde angehalten, in denen Sozialdemokraten verkehren. Darnach habe es aber auch der Angeklagte so auffassen müssen und sonach im guten Glauben gehandelt, als er den Satz in den fraglichen Artikel schrieb. Die Absicht der Beleidigung fehle, weshalb er Freisprechung beantrage.

Der Gerichtshof verurtheilt nach längerer Berathung ein freisprechendes Urtheil, die Kosten werden der Staatskasse auferlegt. In den Urtheilsgründen wurde hervorgehoben, daß durch die Zeugenaussagen übereinstimmend erbracht worden sei, der Schuhmann habe im Wesentlichen damals so ausgesagt, wie in dem inkriminirten Zeitungsartikel behauptet worden sei, wenigstens konnte der Angeklagte dieses so auffassen. Der Schuhmann habe nach der Beweisaufnahme geäußert, nicht alle Wirtschaften, sondern hauptsächlich diejenigen, in denen Sozialdemokraten verkehren, müßten streng die Polizeistunde innehalten. Damit sei im Wesentlichen das erbracht, was in dem Artikel behauptet worden sei. Wenn man aber auch annehmen wollte, daß ein Beweis dafür, daß der Schuhmann gesagt habe: nur diejenigen Wirtschaften, in denen Sozialdemokraten verkehren, müßten streng die Polizeistunde innehalten, nicht völlig erbracht worden sei, so stände dem Angeklagten als Redakteur doch der Satz des § 193 des Reichsstrafgesetzbuches (Wahrung berechtigter Interessen) zur Seite, da eine Zeitung eine geeignete Stelle dafür sei, um über die Handhabung der Polizeistunde Kritik zu üben. Ferner sei die Form des Artikels nicht dazu angethan, um auf eine Absicht der Beleidigung schließen zu lassen. Aus allen diesen Gründen habe das Gericht eine Beleidigung des Polizei-Präsidenten und des Schuhmanns Wendlandt weder aus § 185 noch 186 des Reichsstrafgesetzbuches in dem Zeitungsartikel feststellen können und deshalb auf kosten-lose Freisprechung erkennen müssen.

Wahnsinn eines Soldaten.

Neben allen denkbaren Steuern, welche der Deutsche von Geheißwegen zu tragen hat, um die Mittel zur Erhaltung des Reiches, vor Allem aber zur Erhaltung seiner famosen militärischen Macht, aufzubringen, existirt eine, welche zwar gesetzlich nicht vorgeschrieben, aber dennoch, wenn sie nicht geleistet würde, den gebedlichen Fortbestand unserer Heeresmacht zum Mindesten in Frage stellen, ja unmöglich machen würde.

Ich meine damit die Unterstützung der Personen des Soldatenstandes seitens ihrer Angehörigen, Verwandten und Freunde, ferner diejenigen, welche während der Dauer der Manöver von den mit Einquartierung beglückten Personen geleistet wird.

Daß diese Summen, welche dadurch zur Erhaltung unseres Heeres geopfert werden müssen, in die Millionen gehen, werde ich im Nachstehenden zu beweisen suchen.

Der deutsche Soldat erhält täglich neben seiner Wohnung (in Bayern bei der Infanterie 22 Pf., bei der Kavallerie 27 Pf.) in Naturalien folgendes Morgens, etwa zwischen halb 6 bis 7 Uhr eine Portion Kaffee, welche ihrer Quantität nach genügend ist, in ihrer Qualität aber oft eher an Spütkaffee erinnert; hierzu 1 bis 2 Semmeln. Mittags: Einen Teller Suppe, eine Portion Fleisch von mäßiger Größe und etwa einen Schöpf-löffel voll Gemüse; Abends: Nichts; — hierzu 500 gr schwarzen Brotes täglich, zur Befriedigung seines kauernden Magens.

Wenn diese Verpflegung an sich schon für einen Menschen, der sich des süßen Nichtsthums erfreuen kann, in ihrer Menge sowie in ihrer Güte zum Mindesten ungenügend wäre, um so mehr unzulänglich ist sie für den Soldaten, der von Früh 4 Uhr bis Abends 6 Uhr angestrengt exerziren, marschiren und arbeiten muß. Dennoch giebt es Soldaten, welche theils weil sie keine Angehörige mehr haben, theils weil diese selbst zu arm sind, um sich einen Bedauernswerthen zu unterstützen, zwei oft auch drei Jahre ein elendes Hungerleben zu führen gezwungen sind.

„Mein lieber Herr und König
22 Pfennig sind zu wenig“

lautet ein Soldatenpsalm, und daß derselbe seine volle Berechtigung hat, glaube ich, wird nach dem Vorhergegangenen wohl Niemand bezweifeln. Von diesen 22 Pfennigen aber muß der Soldat noch bezahlen: seine Wäsche, sein Proportionsgeld; als da sind: Schuh- und Wäschebürste, Kleiderbürste, Wäsche, Putz-seife usw.

In jeder Stelle will ich auch noch eine Thatfache erwähnen, welche ein gravirendes Beispiel für den kochenden Dreck abgiebt, der in unserer Armeer immer ganz und gebe ist. Der Soldat bekommt seine Wohnung alle 10 Tage ausbezahlt, und da kommt es denn vor, daß die Herren Offiziere ihre Kammerkassen prüfen, ob dieselben mit ihrer Wohnung richtig wirthschafteten. Und ob jeder noch so vielmal 22 Pf. aufzuweisen vermag, als er nach Tage bis zum nächsten Lohnungsappell vor sich hat. — Unglaublich, aber wahr.

Diese Abschweifung von meinem eigentlichen Thema war nöthig als ein Beweis des Vorhergegangenen wie des Folgenden.

Nicht; Sietowo weigerte sich aber, Geld zu ersehen, da die Unterstützte ihren Unterstüthungswohnort in Sietowo schon lange verloren habe.

Ein Zeichen der Zeit. Wie die Lage des Volkes eine immer traurigere wird, geht daraus hervor, daß der kürzlich vor dem Münchener Schwurgerichte als Zeuge vernommene Oberlandesgerichtsrath Weber konstatierte, daß im Jahre 1880 in München rund 5000 Zwangsvollstreckungen vorgenommen wurden, eine Zahl, welche im Jahre 1892 auf 21 000, also auf das Vierfache gestiegen ist.

Selbstmord aus Noth. Der Ingenieur Friedrich K. aus Stuttgart verübte, wie aus Wien berichtet wird, im Walde bei Mödling Selbstmord. Man fand bei ihm einen Brief aus Stuttgart und — 6 Kreuzer vor! — Nothstand giebt's nicht!

Die armen Kapitalisten. Die Maschinenfabrik Grigner Aktiengesellschaft in Durlach, veröffentlicht ihren Geschäftsbericht für 1892, wonach bei annähernd 2 Millionen Mark Umsatz von M. 324 033,10 Reingewinn nach bedeutenden Rückschlägen 15 Prozent (im Vorjahre 13 Prozent) Dividende zur Verteilung gelangen. Die Arbeiterzahl beträgt zur Zeit 1100, deren Abschluß an der Jahreswende jedenfalls eine Unterbilanz zu verzeichnen gehabt hat.

Aus der Schweiz wird über Aufseherungen berichtet, die in St. Simer, dem Hauptort der Uhrenfabrikation, im Berner Jura stattgefunden haben. Als Grund wird ein Zusammenstoß zwischen Gewervereinigern und Nichtorganisierten bezeichnet, indem die Ersteren die Letzteren zwingen wollten, der Organisation beizutreten.

Aus Frankreich. Durch die Riesenbatale ermuthigt, bringt sich Confians als den „kommenden Mann“ in empfehlende Erinnerung. Der Mann glaubt sich nicht besser einzuführen und „gut find“ bei der verkauften Bourgeoisie machen zu können, als wenn er die Knebelung der Presse und der Arbeiterherrschaft in Aussicht stellt.

Unter den Nachwirkungen des Panamajawandels nahm die Kammer mit 289 gegen 259 Stimmen den Antrag Baziile an, welcher bestimmt, daß Beamte, die für das Parlament kandidiren, vorher ihr Amt niederlegen müssen, und einen Zusatzantrag, wonach diese Bestimmung auf die Geistlichen ausgedehnt wird.

Ueber den Aufenthalt bez. Unaufindbarkeit des zu zwanzig-jähriger Fuchthausstrafe verurtheilten Schwindlers Arton macht sich die Presse lustig, indem sie folgende Details zum Vorschein giebt: In Nizza habe alle Welt davon gewußt, nur die Beamten des Gerichts und die Polizei schienen sich nicht um ihn zu kümmern.

Die Weber, von Gerhart Hauemann, deren Aufführung in Deutschland verboten, haben bei dem Erbscheide eine Freipresse und glänzende Aufnahme gefunden. Auch eine Revanche!

Aus Belgien. Die Interpellation über die Ausweisungen der französischen Bergarbeiterdelegirten Wassy und Lamendin hatte die Folge, daß die Kammer das Verhalten der Regierung

mit einer Dreiviertel-Majorität billigte. Wer hätte von diesen Ausbeutern auch etwas Anderes erwarten können. Die nächsten Wahlen werden manchen dieser verfaßchten Profitjäger hinwegfegen. Das Ministerium ist geneigt, in dem neuen Wahlgesetz den proportionellen Gedanken zum Ausdruck zu bringen.

Aus Rußland. Auf der Fahrt von Sebastopol nach Moskau hat der Kaiser Alexander III. in der Station Vorki angehalten, um in der an der Stelle der bekannten Eisenbahnkatastrophe errichteten Kirche ein Gebet zu verrichten. Der Erzbischof von Charkow hielt dort an den Zaren eine Ansprache, in welcher die folgenden für die Verblendung der Russen bezeichnenden Sätze vorkamen:

„Hier hat Gott der Herr der ganzen Welt bedeutet, daß Du von ihm ausserloren worden bist, um in unseren schweren Zeiten die Sicherheit Deines Volkes und die Segnungen der orthodoxen Kirche zu schützen und zu sichern.“

Aus Amerika. Das Gesetz, welches die Chinesen-Einwanderung verbietet, bestimmt auch, daß die anfälligen Chinesen, die sich nicht einregistriren, d. h. naturalisiren lassen, auszuweisen und auf Kosten der Regierung in die Heimath zu befördern sind.

Eine grüne Holzbeize erhält man gewöhnlich durch Zufammensetzung von Blau und Gelb. Man färbt zuerst mit Quercitron oder auch Gelbbolz, indem man das Holz vorher einige Stunden mit Alaunlösung beizt und dann mit einem Abjud eines der obengenannten Farbstoffe färbt.

Technisches.

Eine grüne Holzbeize erhält man gewöhnlich durch Zufammensetzung von Blau und Gelb. Man färbt zuerst mit Quercitron oder auch Gelbbolz, indem man das Holz vorher einige Stunden mit Alaunlösung beizt und dann mit einem Abjud eines der obengenannten Farbstoffe färbt.

Eine dunkelgrüne Beize erhält man, wenn man anstatt des Essigs Lauge anwendet, wobei aber der Alaun wegliebt. Eine grasgrüne Beize erlangt man, wenn zu der Kreuzbeer-Alaunbeize in Essig bereitet etwas Grünspanlösung hinzugefügt wird.

Stahlgrün wird das Holz durch Beizen mit in Wasser gelöstem kupferhaltigen Eisenvitriol. Wenn es trocken ist, wird es mit einem Abjud von Naphthylgämen in Wasser überstrichen, soll es heller werden, so färbt man Blaugelbzinn in Lauge ab.

Grüne Anilinbeizen stellt man auf folgende Weise her: hellgrün: 100 g Methylngrün in 2 l weichem Wasser gelöst; dunkelgrün: 100 g Methylngrün, 20 g Malabian in 2 1/2 l Wasser gelöst.

gelbgrün: 100 g Säuregrün in 2 1/2 l Wasser gelöst; grasgrün: 100 g Malachitgrün, 10 g Naphthylgelb in 2 1/2 l Wasser gelöst.

Verbrochene Glas zu kitten. Hausenblase in Weingeist gelocht geben einen durchsichtigen Kitt, mit dem man Glas gut kitten kann, daß die Bruchfläche kaum wahrzunehmen ist.

Finis für japanische Arbeiten erhält man, wenn man 30 g Körnerlack und 30 g helles Harz in 1/4 Liter starkem Spiritus löst und die Lösung durch Abfeihen klärt. Beim Auftragen ist der Firnis warm zu stellen; gut ist es auch, die zu überziehenden Gegenstände leicht anzuwärmen.

Literarisches.

Sozialpolitisches Centralblatt. (Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Verlag von Carl Heymann's Verlag, Berlin W, Mauerstr. 44.) Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich M. 2,50. Einzelnummern 20 A. Erschienen ist Nr. 36, 2. Jahrg.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. S. W. Diez' Verlag) ist soeben das 36. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Aus dem Wahlkampf. — Etwas Erzählungsliteratur. Besprochen von Eduard Bernstein. — Die Finanzen des Reiches. Von Max Schippel. — Die Rentengütergesetze in Preußen. Von Dr. Rudolf Meyer. (Schluß). — Notizen: Zum Kapitel „Centralisation des Kapitals“. — Feuilleton: Die sozialen Zustände im römischen Reich vor dem Einfall der Barbaren. Von Dr. Paul Ernst. (Fortsetzung).

Von den im Verlage von J. S. W. Diez in Stuttgart erscheinenden beiden naturwissenschaftlichen Werken „Die Pflanzenwelt“ und „Die Thierwelt“ von R. B. O. M. ist soeben Lieferung 8 und 9 erschienen. Die beiden reich illustrierten Werke sind jedem, der sich für die Naturwissenschaften interessiert, auf das Angelegentlichste zu empfehlen. Preis pro Lieferung 20 A.

„Lichtstrahlen“, Blätter für volkstümliche Wissenschaft und altheitliche Weltanschauung. Zugleich Unterhaltungsblatt und literarischer Wegweiser für das Volk. Erscheint 14tägig in Heften (48 Seiten größtes Oktav) zum Preise von 25 A = 15 Kr. = 35 Cts. Berlin W., Poststr. 43. Verlag von J. Harnisch & Co. — Soeben erschien das 16. Heft.

Inhalt: Aylwardt und der Invalidenfonds. — Der Reformator Luther den Bauern gegenüber im 16. Jahrhundert. Von F. Domela Nieuwenhuis. (Schluß). — Die Schriften des neuen Testaments. Geschichte und Erklärung. Von Baldum Sauerlich. (Fortsetzung). — Ein Kuzmar in Rumänien. Beiträge zur Beleuchtung der Urämie. — Aus der Zeit: Der Militarismus und der deutsche Reichstag. — Ein Gesetz gegen die Todesstrafe — in Amerika. — Hörl hört! — Der Pfaffe und der Ehegatten. — Literarisches. — Kleine Mittheilungen: Die Lage der Volksschullehrer in Preußen. — Versammlungen der Freireligiösen Gemeinde zu Berlin. — Das Feuilleton entfällt. Das Volk. Fünf Sonette von Gust. Koepper. — Die Nihilisten. Roman von E. Rheinhardt. (Fortsetzung). — Die soziale Frage. Gedicht. Von Oscar Bendiner. — Unseren Hausfrauen.

„Die Zeitschwinger“. Verlag von J. Verantel, Reichenberg, Böhmen, Friedländerstraße 12. — Preis pro Heft 20 Kr. = 40 Pfg. — Soeben erschien das 5. Heft, 4. Jahrgang. — Inhalt: „Ankerblitz“. Gedicht von Robert Seidel. — Die soziale Bedeutung der elektrischen Kraftübertragung. I. Von Paul Dreum. — „Etwas über Toffoi“. Von M. Rogiowski. — „Philosophie der Zahlen“. Von Dr. P. Eug. — Die moderne Weltanschauung und der Mensch. Von Prof. Dr. B. Wetter (Fortsetzung). — Feuilleton: „Mene Tekel“. Gedicht von Emanuel Geibel. — „Ein namenloser Held“. Skizze von S. D. Friedländer. — Literatur.

Briefkasten der Expedition.

Hannover. Wer von den dortigen Kollegen hat die Freundschaft, uns einige Journierschneidereien in dortiger Stadt oder in der nächsten Umgegend zu nennen?

Barfinghausen, R. P. Es ist gleichgültig, ob naß oder trocken, wenn das Holz trocken ist, wird es vor dem Schneiden gedämpft. Journiere können von Eichenholz auch geschmitten werden.

Vorimund? Aus Ihrem und am 30. Mai zugehenden Briefe ist selbst mit der Louve nicht zu finden, was Sie wollen. Die beiden unbeschrifteten Briefbogen stehen Ihnen gegen die mit dem event. Bericht beschriebenen Vogen zur Verfügung.

Dresden, W. S. Unter „Technisches“ in heutiger Nummer.

Kalen, Th. L. Uns ist momentan keine Firma bekannt, welche gebozene Stüchdrumen (Ringe) liefert. Kann uns ein Kollege vielleicht solche nachweisen? Wir bitten darum.

Harburg, R. P. Ein Mittel, um Wurmbiz in Möbeln zu verhindern, giebt es unvorsichtlich; uns ist im Augenblick ein solches nicht bekannt. Vielleicht giebt uns ein Kollege auch darüber Auskunft.

Königsberg, F. W. Für Ihren letzten Bericht zahlten wir 15, für den heutigen 20 A. Straßburger. 1. Kastenpapierbogen ist entschieden zu schwer und muß mit 20 A. frankirt werden.

Hamburg, G. D. Witz von den fraglichen Verichten nicht; wahrscheinlich sind dieselben hier gar nicht eingetroffen. Der diese Woche eingelangte lauge Sauerbrotbescheid kann erst nächste Woche zum Abdruck kommen.

